

für Mitglieder und Freunde der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Hameln e. V.  
 Redaktion: Hans – Georg Spangenberg

## 1. Juden und Christen – in den deutschsprachigen und anderen europäischen Ländern

- **Mehr als 30 jüdische Organisationen und Gemeinden fordern in einer Grundsatzerklärung von deutschen Regierungsstellen entschiedeneres Handeln und mehr Engagement gegen Antisemitismus.** Staatlich geförderte Demokratieprojekte, aber auch muslimische Verbände, die etwa am neuen Berliner Institut für Islamische Theologie beteiligt sind, sollten ein vorbehaltloses Bekenntnis zu den Menschenrechten und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ablegen, heißt es in der Erklärung. Außerdem fordern die Unterzeichner mehr Ehrlichkeit im Umgang mit dem Antisemitismus von Muslimen. Die Vorsitzende des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus, Lala Süsskind, vertrat die Ansicht, dass es eine ungerechtfertigte Rücksicht gegenüber antisemitischen Tätern mit Migrationshintergrund gebe. Sie kritisierte auch, dass Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier „schiitische Würdenträger“ empfangen hatte. Unterstützt wird die Erklärung u.a. vom Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien der Universität Potsdam, der Amadeu-Antonio-Stiftung, dem früheren Bundestagsabgeordneten Volker Beck (Grüne) und dem Musiker Andrej Hermlin. Die Grundsatzerklärung ist an Bundesministerien und Landesregierungen, Parlamentarier und politische Stiftungen, vor allem aber an den Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung, Felix Klein, gerichtet. (kna öki 10.07.2018)
- **Die Internationale Jüdisch-Christliche Bibelwoche findet in diesem Jahr zum 50. Mal statt.** Das Jubiläum wird mit einem Festakt am 2. August gefeiert, wie die Veranstalter vom Haus Ohrbek in Georgsmarienhütte mitteilten. Grußworte sprechen u.a. die Direktorin des Londoner Leo Baeck College, Deborah Kahn-Harris, Osnabrücks Landessuperintendentin Birgit Klostermeier und der Osnabrücker Bischof Franz-Josef Bode. Bei der Bibelwoche treffen sich jährlich rund 130 Juden und Christen aus Deutschland, Großbritannien, den Niederlanden, den USA, Israel und weiteren Ländern. Sie wurde zum ersten Mal 1969 im Hedwig-Dransfeld-Haus im rheinischen Bendorf und von dessen damaliger Leiterin Anneliese Debray und dem jüdischen Theologen und späteren Direktor des Leo Baeck College in London, Rabbiner Jonathan Magonet, veranstaltet. Seit 2003 findet sie im Haus Ohrbeck in Verantwortung von dessen Leiterin Uta Zwingenberger und Rabbiner Magonet statt. Träger der Bildungsstätte sind das Bistum Osnabrück und der Franziskanerorden. Durch das gemeinsame Studieren biblischer Texte bringe die Bibelwoche Juden und Christen einander näher und ermögliche Begegnung zwischen Menschen unterschiedlicher Nationen, Generationen und Tätigkeitsbereiche, hieß es. In Zeiten von neu entstehendem Antisemitismus und wachsender Fremdenfeindlichkeit sei die Jüdisch-Christliche Bibelwoche gerade heute so aktuell und notwendig wie vor 50 Jahren. Im Mittelpunkt der Jubiläumsbibelwoche vom 29. Juli bis zum 5. August stehen die Texte, die 1969 bei der ersten Bibelwoche gelesen wurden: Genesis 1-3, Jesaja 42-49 und Jona. (kna öki 17.07.2018)
- **Mehrere hundert Menschen haben sich am 19. Juli in Bonn zu einem „Tag der Kippa“ versammelt.** Oberbürgermeister Ashok Sridharan (CDU) sprach von einem „Zeichen gegen Antisemitismus und Fremdenhass“. Es gehe „nicht nur um unsere historische Verantwortung, sondern auch um unsere Verantwortung für die Menschen, die hier leben und nicht zuletzt für die Demokratie in Deutschland“. Der „Tag der Kippa“ war laut Angaben der Stadt Bonn ursprünglich für November dieses Jahres geplant. Er wurde nach einem Angriff auf den jüdischen US-Wissenschaftler Yitzhak Melamed vorgezogen. Der Vorfall, bei dem ein 20-Jähriger mit palästinensischen Wurzeln dem Forscher die Kippa vom Kopf geschlagen und ihn bedrängt hatte, sorgte bundesweit für Schlagzeilen - auch, weil die Polizei anfangs Opfer und Täter verwechselte. Oberbürgermeister Sridharan forderte eine lückenlose Aufklärung der Ereignisse. Den schwerwiegenden Vorwürfen Melameds gegen die Polizeibeamten müsse nachgegangen werden.

Die Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Bonn, Margaret Traub, sagte: „Eine Demokratie, in der Juden diffamiert werden, schwächelt in ihren Grundwerten.“ Sie dankte „allen, die uns Mut und Kraft in düsteren Zeiten spenden“. Martin Frick vom Sekretariat der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) lobte das Engagement der Bonner. Religionsfreiheit und religiöse Toleranz stünden im Zentrum der Universellen Erklärung der Menschenrechte und bildeten die

Basis der Arbeit der Vereinten Nationen. „Darum freuen sich die UN-Organisationen in Bonn über die Initiative der Stadt und unterstützen sie aus tiefer Überzeugung.“

Auch die Alexander von Humboldt-Stiftung, der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) und die Deutsche Forschungsgemeinschaft verurteilten in einer gemeinsamen Erklärung zum Bonner „Tag der Kippa“ Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Diskriminierung. Die Organisationen fügten hinzu, Wissenschaft und Forschung setze Freiheit und Weltoffenheit voraus. Viele Teilnehmer der Kundgebung auf dem Marktplatz der Bundesstadt trugen zum Zeichen der Solidarität mit ihren jüdischen Mitbürgern eine Kippa, die traditionelle Kopfbedeckung männlicher Juden zu Gottesdiensten und im Alltag. Die jüdische Gemeinde stellte hierzu eigens 250 Kippot zur Verfügung. Auch israelische Flaggen und Transparente gegen Rassismus wurden geschwenkt. (kna öki 24.07.2018)

- **Der Bochumer Neutestamentler Thomas Söding hat Benedikt XVI. gegen Vorwürfe des Antijudaismus verteidigt.** Ein im Juli erschienener und umstrittener theologischer Fachaufsatz des emeritierten Papstes solle nicht als „Irritation, sondern als Inspiration des jüdisch-christlichen Gesprächs“ dienen, schreibt Söding in einem Beitrag für die „Herder Korrespondenz“. Der Artikel diene vor allem der „innerkatholischen Verständigung“, es sei eindeutig, „dass Ratzinger ausschließlich Positionen in der eigenen Kirche reflektiert und im gesamten Text kein - wenn auch nur literarisches - Gespräch mit Juden führt“. Der emeritierte Papst habe mit seinem Beitrag theologische Aspekte verdeutlichen, versachlichen und vertiefen wollen, so Söding. „Die Intention dieser Differenzierung ist eindeutig. Sie soll den jüdisch-christlichen Dialog nicht konterkarieren, sondern zeigen, wie tief die Erneuerung in der Schrift und in der Tradition begründet ist, ohne dass jüdisch-christliche Unterschiede verwischt würden.“ Es gehe Joseph Ratzinger darum, „welche Sprache von christlicher Seite aus gewählt werden solle, um das Verhältnis zu den Juden zu beschreiben“. Ratzinger beziehe sich im Titel seines Aufsatzes auf das dem Römerbrief des Apostels Paulus entnommene Wort: „Reuelos (unwiderruflich) sind Gnade und Berufung, die Gott gewährt“ (Röm 11,29). „Auf diesen Schluss hin ist der gesamte Artikel geschrieben worden, von ihm her soll er gelesen werden“, so der Neutestamentler. Söding ist Mitherausgeber der theologischen Fachzeitschrift „Communio“, in deren Juli-Ausgabe unter dem Namen „Joseph Ratzinger - Benedikt XVI.“ der Beitrag erschienen ist. (kna öki 31.07.2018)
- **Antisemitismus im Internet hat laut einer Studie der Technischen Universität (TU) Berlin stark zugenommen.** Bei der Vorstellung der Forschungsergebnisse nannte die Sprachwissenschaftlerin Monika Schwarz-Friesel die wachsende Judenfeindschaft in der deutschen Gesellschaft ein „besorgniserregendes Phänomen“. Dazu trügen vor allem Soziale Medien bei. Der Zentralrat der Juden in Deutschland bezeichnete den im Internet verbreiteten Antisemitismus als „echte Bedrohung“. Für die Studie werteten Sprachforscher der TU seit 2014 über 300.000 Texte aus, die im Internet kursieren. Schnelligkeit, freie Zugänglichkeit, globale Verknüpfung und Anonymität förderten eine „ungefilterte und nahezu grenzenlose Verbreitung judenfeindlichen Gedankengutes“, so das Urteil der Studie. Judenfeindliche Verschwörungsfantasien gebe es in Blogs sowie Recherche- und Ratgeberportalen, unter Youtube-Videos, in Online-Buchläden, in Fan-Foren und Kommentarbereichen der Online-Qualitätsmedien. Vor allem über Twitter und Facebook verbreitete Aufrufe, gegen Judenhass zu demonstrieren, „sind innerhalb weniger Stunden infiltriert durch Texte mit zahlreichen Antisemitismen und Abwehrreaktionen“. Trotz unterschiedlicher politischer oder ideologischer Einstellungen seien die judenfeindlichen Einstellungen sehr einheitlich. Dominant sei die Vorstellung eines „Ewigen Juden“. Selbst der muslimische Antisemitismus sei stärker von klassischen Stereotypen geprägt als von Feindbildern, die auf Israel bezogen seien. Zugleich sei israelbezogener Judenhass dabei, „ein ‚politisch korrekter Antisemitismus‘ zu werden, da ihm in Zivilgesellschaft, Politik und Justiz der geringste Widerstand entgegengesetzt wird“, so Schwarz-Friesel. Da dieser Hass aber auf Stereotypen der klassischen Judenfeindschaft basiere, bestehe „die Gefahr einer weiteren Verbreitung und Normalisierung von Antisemitismus“, bilanzierte Schwarz-Friesel. Für Zentralrats-Präsident Josef Schuster ist damit empirisch belegt, was Juden schon lange empfänden. „Stück für Stück hat eine verbale Radikalisierung und Enthemmung stattgefunden, die uns mit tiefer Sorge erfüllt“, erklärte er. „Denn Worten folgen irgendwann auch Taten.“ Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz sei mit Blick auf die Eindämmung von Hassrede bald auf seine Wirksamkeit zu überprüfen, und gegebenenfalls seien weitere Maßnahmen nötig. (kna öki 31.07.2018)
- **Die Zukunft des Judentums in Europa ist aus Sicht des Vize-Geschäftsführers des Jüdischen Weltkongresses, Maram Stern, „keineswegs“ gesichert.** „Dass in Mitteleuropa 75 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg ganz unverblümt zentrale Elemente des Judentums zur

Disposition gestellt werden, ist beschämen“, betonte Stern in einem Gastbeitrag für die „Süddeutsche Zeitung“. „Es zeigt, dass die Bekenntnisse mancher Rechtspopulisten zum Judentum und zu Israel in Wahrheit nur Lippenbekenntnisse sind“. Stern bezog sich auf eine Diskussion in Österreich über das Schächten, aber auch generell auf Debatten über religiöse Beschneidung. Obwohl diese Debatten nicht komplett gleich gelagert seien, gebe es Parallelen. In beiden Fällen werde „undifferenziert und mit abwegigen Begriffen hantiert: archaische Methoden, Tierquälerei, Kindesmissbrauch“, so Stern. „Es formiert sich eine unheilige Allianz zwischen rechten und linken Kräften, zwischen solchen, die nur Judentum und Islam ablehnen, und jenen säkularen Kräften, die vorgeben, mit Religion nichts am Hut zu haben - aber mit heiligem Eifer Stimmung machen gegen religiöse Traditionen, weil sie sie als fremd, rückständig und nicht zu ‚unserem‘ Kulturkreis gehörig ansehen.“ In diesen Zusammenhang gehöre auch die Auseinandersetzung über das muslimische Kopftuch. „Man kann ja über dieses Stück Stoff geteilter Meinung sein, aber muss man es im Namen der Freiheit gleich verbieten?“ fragte Stern. Darüber hinaus sollten keine „Scheindebatten“ geführt werden. Juden seien besonders sensibel, „wenn zum angeblichen Schutz der Werte des christlich-jüdischen Abendlandes mit Verve Kampagnen geführt werden, die genau diese Werte konterkarieren“. (kna öki 31.07.2018)

- **Der jüngste Aufsatz zum Verhältnis von Christentum und Judentum des emeritierten Papst Benedikt XVI. sorgt weiter für Aufregung.** Die Orthodoxe Rabbinerkonferenz Deutschland äußerte sich irritiert über die Publikation des ursprünglich nicht zur Veröffentlichung vorgesehenen Textes. „Für uns stellen sich damit mehr Fragen und Zweifel als positive, zukunftsgerichtete Denkanstöße“, betonen die Rabbiner in einem in Köln veröffentlichten Schreiben an den Präsidenten der Vatikanischen Kommission für die religiösen Beziehungen mit dem Judentum, Kardinal Kurt Koch. Es gehe ihnen weniger um die einzelnen Punkte, die der emeritierte Papst behandle, als um „die sehr grundsätzliche Frage, ob die katholische Kirche das gegenwärtige Judentum wertschätzen kann und worin sich diese Wertschätzung theologisch ausdrückt“, heißt es in dem dreiseitigen Schreiben. „Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, dass Papst Benedikt XVI. in seinen theologischen Überlegungen für eine religiöse Wertschätzung des heutigen Judentums und einen darauf gegründeten Dialog wenig Platz lässt.“

Dies zeige sich exemplarisch an seinen Überlegungen zur biblischen Landverheißung an Israel und seine „apodiktische“ Feststellung, dass „eine theologische Deutung des Staates Israel, die die Staatsgründung in Bezug zur biblischen Landverheißung setzt, nach christlichem Verständnis unmöglich“ sei, kritisieren die Rabbiner. Benedikt leugne zwar keineswegs das Existenzrecht Israels, erwecke aber den Eindruck, „dass der Staat Israel sich eher historisch zufällig auf seinem heutigen Territorium befinde“. An Koch richtet die Rabbinerkonferenz die Frage, „inwiefern dieser Aufsatz das jüdisch-christliche Gespräch bereichern soll“. Zudem will sie wissen, wie die Überlegungen des emeritierten Papstes in Einklang mit den Aussagen von Papst Franziskus zum Judentum stehen.

Der umstrittene Beitrag war in der Juli-Ausgabe der theologischen Fachzeitschrift „Communio“ unter dem Namen „Joseph Ratzinger - Benedikt XVI.“ erschienen. Darin setzte sich der emeritierte Papst mit der Frage auseinander, ob die Kirche an die Stelle des alttestamentlichen Bundes zwischen Gott und dem Volk Israel getreten sei. Die Äußerungen lösten eine Debatte in Fachkreisen aus; zunächst äußerten sich sowohl katholische als auch jüdische Theologen überwiegend kritisch.

Die Internationale Konferenz Bekennender Gemeinschaften (IKBG) bezeichnete den Beitrag demgegenüber als „ermutigende Klarstellung“. In einer Erklärung zum evangelischen „Israel-Sonntag“ am 5. August begrüßte die theologisch konservative überkonfessionelle Vereinigung „mit großer Dankbarkeit“ die Stellungnahme des emeritierten Papstes und sah in ihr ein „auch für die evangelischen Kirchen und die ganze Ökumene höchst bedeutsames Dokument“. Der Text lade Christen und Juden zu einem Dialog ein, „der sich der Wahrheit Alten und Neuen Testaments verpflichtet weiß“, so der IKBG-Präsident und Hamburger Ruhestandspastor Ulrich Rüb und der Vorsitzende der Theologischen Kommission, Werner Neuer. Der emeritierte Papst bestätige einerseits die jüdische Auffassung, dass Gott den einzigartigen Bund mit Israel nie aufgekündigt habe. Zugleich bekräftige er „die Überzeugung Jesu und der Apostel, dass Gott durch Kreuz und Auferstehung Jesu einen universalen Bund mit der ganzen Menschheit eröffnet hat“. Dieser neue Bund Gottes mit den Menschen stehe „sowohl dem Bundesvolk der Juden offen als auch allen Menschen in allen Völkern der Erde“. Zugleich äußert die IKBG ihr Bedauern, „dass in der Presse die von Benedikt betonte Botschaft der universalen Liebe Gottes zum Teil in einem antijüdischen Sinne missverstanden und angegriffen wurde“. Der Schriftleiter der Zeitschrift „Communio“, der Wiener katholische Theologe Jan-Heiner Tück, wies unterdessen die Kritik in einem Beitrag für die „Neue Zürcher Zeitung“ als nicht stichhaltig zurück. Ratzinger sei weder Antisemitismus noch Antijudaismus vorzuwerfen. (kna öki 07.08.2018)

- **Aus Sicht des deutsch-jüdischen Historikers Michael Wolffsohn kommt die „größte Gefahr“ für Juden aus der „muslimischen Diaspora“.** Das bedeute nicht, „dass die muslimische Diaspora in ihrer Gesamtheit militant antijüdisch wäre, aber auch hier muss man die Geschichte des Islam sehen“, sagte Wolffsohn im Deutschlandfunk: „Auch in seinen Heiligen Schriften gibt es ganz eindeutige antijüdische - nicht antisemitische, sondern antijüdische - Elemente, die nichts mit dem Nahostkonflikt zu tun haben an sich, aber das kommt dann später dazu.“ Wegen der inzwischen erfolgten „bevölkerungspolitischen Verflechtung von Europa und dem Nahen Osten“ seien die Probleme des Nahen Ostens auch „unsere Probleme“, sagte der Historiker weiter: „Das können wir an den terroristischen Anschlägen, also an der antijüdischen Gewalt, nachvollziehen, empirisch auch benennen.“ Die größte physische Gefahr für Juden heute bestehe aus einer „militanten Minderheit“ innerhalb der muslimischen Minderheit. Mit Blick auf den Herbst 2015, in dem Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) entschieden hatte, eine große Zahl an Flüchtlingen ins Land zu lassen, sagte Wolffsohn, dass die Wirklichkeit immer vielschichtig sei. Einerseits gelte, dass die Würde des Menschen unantastbar sei. „Gleichzeitig aber war klar, dass man Teile einer hochradikalisierten Menschengruppe, radikalisiert gegen Juden - nicht nur in Israel, sondern Juden ganz allgemein - in das eigene Haus hineingelassen hat.“ Dabei seien sehr wohl Fehler gemacht worden, vor allem mit Blick auf „Naivität und Schlampigkeit, mit der in Deutschland und Westeuropa Fragen der inneren und äußeren Sicherheit behandelt werden“. (kna öki 07.08.2018)
- **Die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Charlotte Knobloch, sieht Demokratie und Gemeinwesen mit großen Herausforderungen konfrontiert.** „Auch bei uns ist der Antisemitismus wieder auf dem Vormarsch, und das in einem Ausmaß, wie ich es nicht mehr für möglich gehalten hätte“, schrieb sie in einem Gastkommentar für die „Welt“. Sie verwies u.a. auf Mobbing gegen jüdische Kinder und Angriffe auf Menschen, die die Kippa tragen. „Nicht erst vor diesem Hintergrund muss unser Land seine Gedenkkultur hinterfragen“, so Knobloch. Sie erinnerte an die jüngsten Äußerungen des Historikers und langjährigen Gedenkstättenleiters Günter Morsch, der gesagt hatte, Deutschland ruhe sich auf den Leistungen der vergangenen Jahre aus. Viele Jahre sei die Erinnerung an die NS-Zeit hauptsächlich von Bürgerinitiativen und Opferverbänden getragen worden. Eine Wende der juristischen Aufarbeitung habe erst vor wenigen Jahren stattgefunden. Morsch lege einen Finger in die Wunde, die auch einige Politiker „lieber ignorieren würden“, meinte Knobloch. Zeitzeugen des Holocaust oder Nachgeborene erinnerten nicht an diese Zeit, „damit das Ausland uns für unsere Erinnerungskultur bewundert. Wir tun dies, weil wir uns so die Bedeutung von Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie vor Augen führen“. Knobloch ergänzte: „Wenn ‚Nie wieder‘ für uns weiter nichts mehr ist als ein Spruchband auf Gedenkkränzen, dann können wir uns die Kränze sparen.“ (kna öki 14.08.2018)
- **Der Jüdische Weltkongress (WJC) zeigt sich besorgt über eine steigende Zahl antisemitischer Vorfälle in Deutschland.** Die Bundesregierung habe ein „bewundernswertes Engagement zur Bekämpfung von Antisemitismus bewiesen“, erklärte WJC-Präsident Ronald Lauder in New York. Als Beispiel nannte er die Ernennung von Felix Klein zum ersten Antisemitismusbeauftragten. Dennoch brauche es konzertierte Anstrengungen, um den „stetigen Anstieg gewalttätiger Vorfälle und Belästigungen zu stoppen und sicherzustellen, dass sich die deutschen Juden weiter sicher und wertgeschätzt fühlen“. Laut WJC-Angaben ist die Zahl antisemitischer Vorfälle im ersten Halbjahr 2018 im Vergleich zu 2017 um 10 Prozent gestiegen. Von 401 registrierten antisemitischen Vorfällen seien 349 als von Personen mit rechtsextremistischen Tendenzen gemeldet worden, 80 davon allein in Berlin. Der WJC vertritt international jüdische Gemeinden in 100 Ländern gegenüber Regierungen, Parlamenten und internationalen Organisationen. (kna öki 14.08.2018)
- **Diese Reise war mit Spannung erwartet worden. Fünf Tage lang waren junge Juden und muslimische Flüchtlinge, die jetzt in Deutschland leben, in Polen unterwegs.** Und sie besuchten gemeinsam den Ort, der das Symbol für den Holocaust und die Grausamkeiten der Nationalsozialisten ist: das ehemalige Konzentrationslager Auschwitz, in dem 1,1 Millionen Menschen ermordet wurden. „Es war eine harte Reise“, fasst der 18-jährige Abdullatis aus Aleppo seine Eindrücke zusammen. „Als ich das gesehen habe, war es schrecklicher als gedacht.“ In der Schule in Syrien seien ihm viele Details nicht vermittelt worden. „Ich wurde so erzogen, dass wir alle anderen Religionen respektieren müssen. Ich hatte einen Freund, der Jude war.“ Abdullatis, der seinen Familiennamen nicht nennen möchte und seit 2016 in Deutschland lebt, betont: „Wir sind antizionistisch, nicht antisemitisch erzogen worden.“ Nach einem Aufenthalt in Krakau, der Besichtigung von Auschwitz und einer interreligiösen Gedenkfeier dort stehe für ihn fest: „Ich denke, dass wir einfach in Frieden leben sollten.“ Er wolle Freunden und Bekannten von der Reise erzählen und seine Meinung über Juden vermitteln: „Das sind doch Menschen wie wir.“ Und von

all diesen Menschen will Abdullatis Telefonnummern mit nach Hause nehmen, um Kontakt mit ihnen zu halten.

Damit greift er eine Hoffnung auf, die die Generalsekretärin der Union progressiver Juden (UpJ), Irith Michelsohn, vorab geäußert hatte: „Dies kann der Anfang eines friedlichen Zusammenlebens in Deutschland werden.“ Am Ende der Reise sagt sie: „Wir sind eine Gruppe geworden.“ Die Reise sei nicht das Ende der Begegnung - denn die 25 jungen Leute wollten schon jetzt ein Nachtreffen. Michelsohn sagt, wenn man ein solches Zusammensein vorlebe, könne man auch zeigen, dass ein Miteinander jenseits von Vorurteilen und Hass möglich sei.

Der frühere Landesrabbiner Henry G. Brandt, der bei dem Gedenken eine Ansprache hielt und das jüdische Totengebet Kaddisch sprach, sagt, dass der Kreis der Reisenden freilich nicht so groß sei, dass er die Gesellschaft verändern könne. Aber: „Steter Tropfen höhlt den Stein.“ Auf die Beine gestellt hatten die Reise die UpJ und der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD). Die Teilnehmer stammten aus Thüringen, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Bei der Gedenkfeier mit Kranzniederlegung waren auch die Ministerpräsidenten von Thüringen und Schleswig-Holstein, Bodo Ramelow (Linke) und Daniel Günther (CDU) dabei. Der Impuls von Union und Zentralrat sei wichtig, meint Ramelow. Mehr solcher Begegnungsformate seien wünschenswert. Gespräche zu führen und sich kennenzulernen, sei wesentlich, betont auch Brandt. „Denn wer den anderen kennt, ist gefeit vor Hass.“

UpJ-Vorstandsmitglied Dan Rattan (26) sagt in Auschwitz: „Wir sind sehr respektvoll miteinander umgegangen.“ Wenn man miteinander spreche, könne Gutes entstehen. Damit könne man vielleicht niemanden erreichen, der extreme Positionen vertrete - sehr wohl aber offene Menschen. Der ZMD-Vorsitzende Aiman Mazyek sieht eine Verantwortung von deutschen Muslimen für ihr Land. Als muslimische Deutsche habe man die Gedenkstätte besuchen wollen, „weil wir, weil der Islam Teil unseres Landes ist und wir damit selbstverständlich auch Verantwortung für unser Land tragen“, sagte er bei der Gedenkfeier. „Jede Form von Antisemitismus, gruppenspezifische Menschenfeindlichkeit und Rassismus ist eine Sünde im Islam.“ Was folgt also aus der Reise? UpJ und ZMD wollten sich zusammensetzen und über mögliche Folgeprojekte beraten, kündigt Rattan an. Auch sei es künftig für jeden Einzelnen leichter, bei antisemitischen Vorurteilen einzuschreiten. „Jetzt verdauen wir das Ganze aber erstmal.“ (kna öki 14.08.2018)

- **Zum jüdischen Neujahrsfest Rosch Haschana hat sich der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, besorgt über politische Entwicklungen in Deutschland und Europa geäußert.** In einem Grußwort an den Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, bezog sich Marx auf einen politischen und kulturellen Einfluss rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien in vielen europäischen Ländern, „die Unfähigkeit der EU, eine gemeinsame Migrationspolitik zu formulieren und umzusetzen, die Renaissance nationaler Egoismen und nicht zuletzt auch eine zunehmend aggressive Rhetorik, die moralische Normen des öffentlichen Diskurses bewusst missachtet, um durch gezielte Tabubrüche maximale Aufmerksamkeit zu erreichen.“

Ausdrücklich nannte der Münchner Erzbischof auch die Zunahme antisemitischer Äußerungen und Ausschreitungen. Diese dürften nicht hingenommen werden und müssten auf entschiedenen Widerspruch stoßen. Das sei aber nicht ausreichend. „Es ist vielmehr notwendig, die moralischen Grundlagen öffentlicher Debatten zu stärken, den Respekt vor dem anderen, auch wenn er andere Meinungen vertritt, die Achtung der Freiheitsrechte, vor allem auch der Religionsfreiheit, den Schutz von Minderheiten und nicht zuletzt auch die moralische Pflicht, dem anderen mit Wohlwollen zu begegnen“, so Marx. Juden und Christen gestalteten die politische Kultur mit, fügte der Vorsitzende der Bischofskonferenz hinzu. „Deshalb ist es auch unsere Aufgabe, die normativen Grundlagen unseres Zusammenlebens zu stärken. Zur politischen Kultur dieses Landes rechne ich ausdrücklich auch die Erinnerungskultur, die sich in den vergangenen Jahrzehnten herausgebildet hat und gegenwärtig von manchen angefragt wird.“

Der Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki sagte Juden Unterstützung gegen Antisemitismus zu. Er sei erschüttert über Antisemitismus und Hass gegen Juden, der sich in der jüngeren Vergangenheit immer offener zeige, schrieb Woelki in einem Glückwunsch zum Neujahrsfest. „Ich wünsche Ihnen und uns die Kraft, insbesondere die vor uns liegenden gesellschaftlichen Herausforderungen gemeinsam anzugehen und ein friedliches und wohlwollendes Miteinander zu gestalten.“

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier betonte in seiner Grußbotschaft: „Die vielfältige Präsenz von jüdischer Gemeinschaft und jüdischem Leben in unserem Land ist ein Geschenk, für das ich froh und dankbar bin.“ Zugleich meinte er, das Aufeinandertreffen unterschiedlicher religiöser und weltanschaulicher Traditionen gehöre mittlerweile zum Alltag in Deutschland. Umso mehr erschrecke es ihn, wenn auf Straßen und Plätzen, in Klassenzimmern oder Chatrooms Hass, Hetze und antisemitische Parolen laut würden. „Dem Antisemitismus - dem lauten oder leisen, offenen oder versteckten, alten oder neuen - dürfen wir in dieser bundesdeutschen Demokratie keinen Millimeter Raum geben“, so der Bundespräsident. „Nur wenn Juden in Deutschland vollkommen zu Hause sind, ist diese Bundesrepublik vollkommen bei sich.“

Rosch Haschana heißt das jüdische Neujahrsfest auf Hebräisch. Es bedeutet wörtlich „Kopf des Jahres“ und leitet zehn Bußtage ein, die im Jom Kippur (Versöhnungstag), dem höchsten jüdischen Fest, gipfeln. Das zweitägige Neujahrsfest begann in diesem Jahr am Vorabend des 10. September; nach jüdischer Zählung handelt es sich um das Jahr 5779 nach Erschaffung der Welt. Weil sich die Terminberechnung nach dem Rhythmus des Mondes richtet, ist es ein bewegliches Fest. Es fällt auf den 1. und 2. Tischri, den siebten Monat des jüdischen Kalenders.

Unterdessen sagte der Antisemitismus-Beauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, in Berlin, es habe in den vergangenen Monaten einen „Paradigmenwechsel“ in Deutschland gegeben. Antisemitismus habe es immer gegeben, aber er äußere sich inzwischen „roher und unverhohlener“ und erreiche über die sozialen Medien viel mehr Menschen. Es gelte, gegen vielfältige Formen von Judenfeindlichkeit vorzugehen. „Was wir dort erreichen, ist gut für unsere gesamte Demokratie“, sagte Klein. (kna öki 11.09.2018)

- **Antisemitismus ist nach einer neuen Studie eine alltägliche Erfahrung von Juden in Bayern.** Er begegne ihnen in der Schule, am Arbeitsplatz, beim Spaziergang, beim Einkaufen oder im öffentlichen Nahverkehr, heißt es in einer in München vorgestellten 64 Seiten starken „Problembeschreibung“. Dafür hatte die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS) vor einem Jahr mit 20 jüdischen Akteuren im Freistaat qualitative Interviews geführt. RIAS-Koordinator Benjamin Steinitz sprach von einem „gesamtgesellschaftlichen Phänomen“. In den Großstädten speisten sich antisemitische Einstellungen aus dem Islam. In Kleinstädten und auf dem Land sähen sich die Befragten vor allem durch Rechtsextreme bedroht. Viele hätten den Eindruck, mit ihren Erfahrungen allein dazustehen, die Anzeigebereitschaft in ihrem jüdischen Umfeld schätzten sie als gering ein. Die Arbeit von Polizei und Justiz werde als langwierig und wenig erfolgversprechend wahrgenommen. Für viele Befragte seien die Demonstrationen im Zusammenhang mit der militärischen Auseinandersetzung zwischen Israel und der Hamas im Sommer 2014 ein einschneidendes Erlebnis gewesen. Dies gelte unter anderem für die Vehemenz der dort artikulierten antisemitischen Vorurteile und den Umgang der Mehrheitsgesellschaft mit den Vorkommnissen.

Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland und des Landesverbands Israelitischer Kultusgemeinden in Bayern, Josef Schuster, sagte, neben Statistiken seien solche Studien wichtig, weil in ihnen die Betroffenen selbst zu Wort kämen. Politik und Zivilgesellschaft müssten die Veröffentlichung zum Anlass nehmen, ihr Engagement gegen Antisemitismus zu verstärken. Der Antisemitismusbeauftragte der bayerischen Staatsregierung, Ludwig Spaenle, sagte, die im ersten Halbjahr 2018 offiziell gemeldeten antisemitischen Straftaten, in Deutschland 401, in Bayern 43, seien „nur die Spitze eines Eisbergs“. Im Freistaat lebende Jüdinnen und Juden fühlten sich heute stärker bedroht als in den vergangenen Jahren. Die geplante Meldestelle für antisemitische Vorfälle werde bei der Entwicklung einer Kultur des Hinschauens eine wichtige Rolle spielen.

Im Bayerischen Rundfunk hob Schuster hervor, dass Feindlichkeit gegenüber Juden kein speziell ostdeutsches Phänomen sei. Man finde Antisemitismus in allen deutschen Bundesländern. Als Beispiel nannte er den Fall einer Abiturientin in Nürnberg. Diese habe im Unterricht zu hören bekommen, dass die Gründung des Staates Israel eine willkürliche Entscheidung gewesen sei. Um gegen die Anfeindung von Juden stärker vorzugehen, müsse bereits im Kindes- und Jugendalter angesetzt werden, erklärte Schuster. So dürfe man Judentum in den Schulen nicht nur „als Opferrolle des Nationalsozialismus darstellen“, sondern müsse auch darauf hinweisen, wie lange jüdische Menschen in Deutschland schon ihre Beiträge zum wissenschaftlichen und kulturellen Leben geleistet hätten. Um Antisemitismus zu erkennen, müsse außerdem genau hingeschaut werden. An Entscheidungen der israelischen Regierung etwa dürfe durchaus Kritik geübt werden, dabei dürfe aber nicht ein ganzes Volk zur Verantwortung gezogen werden. (kna öki 18.09.2018)

- **Synagogen, Sportvereine oder Cafes: Auf einer digitalen Landkarte mit dem Titel „Jewish Places“ sind jetzt Informationen zu jüdischem Leben in Deutschland abrufbar.** Wer zum Beispiel wissen möchte, ob es in seiner Stadt eine Synagoge oder andere jüdische Einrichtungen gibt oder gab, wird möglicherweise über ein paar Klicks fündig. Darüber hinaus gibt es eine Suchfunktion für ausgewählte Biografien von Personen sowie virtuelle Spaziergänge zu Friedhöfen, Museen, Kunstprojekten und anderen Orten. Die Karte ist interaktiv angelegt: Wer Informationen zur Lokalgeschichte hinzufügen möchte, kann entsprechendes Material - Texte oder Bilder - hochladen. Nutzer können Orte jüdischen Lebens aus fünf Jahrhunderten sehen, wie das Jüdische Museum Berlin mitteilte. Aber eben auch zeitgenössische Informationen. Außer Synagogen und jüdischen Friedhöfen können Anwender Vereine, Lokalitäten und Familienunternehmen entdecken. Nach Museumsangaben vereint die Karte mehr als 8.500 aktuelle und historische Daten. „Mit 'Jewish Places' ist erstmals ein Portal entstanden, das einer breiten Öffentlichkeit umfangreiche Informationen zu jüdischem Leben in Deutschland anhand von Orten, Einrichtungen und Biografien zugänglich macht“, heißt es.

Die Programmdirektorin des Jüdischen Museums, Leontine Meijer-van Mensch, betont: „Mit der Visualisierung von Lokalgeschichte sensibilisieren wir für die gemeinsame Vergangenheit und Gegenwart.“ Mit im Boot sind mehrere weitere Organisationen, zum Beispiel das Bundesarchiv, das Jüdische Museum der Stadt Frankfurt/Main, das Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien sowie das Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland an der Universität Heidelberg und der Zentralrat der Juden.

Im Internet gibt es zwar jede Menge Informationen und Seiten zu jüdischem Leben, wie Projektleiterin Barbara Thiele sagt. Nun seien mit „Jewish Places“ zahlreiche Informationen und Forschungsinhalte gebündelt und „zielgruppenorientierter“ abrufbar auf der Seite [www.jewish-places.de](http://www.jewish-places.de). Das Portal richtet sich laut den Angaben auch an Schüler und Lehrer und hat auch eine Rubrik zu den Erinnerungszeichen Stolpersteinen.

Bedenken wegen unseriöser Beiträge, die Nutzer möglicherweise auf die Seite laden könnten, treiben Thiele offenbar nicht um. Erfahrungen zeigten, dass das meist nicht der Fall sei. Außerdem: „Man kann eine Löschung beantragen.“

Internationale Vorbilder und Orientierungspunkte für „Jewish Places“ gebe es durchaus, sagt die Projektleiterin. Sie verweist etwa auf das polnische Projekt „Virtual Shtetl“ des Museums der Geschichte der polnischen Juden (POLIN) in Warschau. „Das ist ein großes Vorbild.“ Auch diese Internetseite bietet etwa eine Landkarte und ausgewählte Biografien von Juden an. Hinzu kommt eine Rubrik „Oral History“, also von Zeitzeugen überlieferte Berichte.

„Heute sind in Deutschland Orte jüdischen Lebens vielfach nicht mehr so zu erkennen“, erklärt Thiele. „Mit 'Jewish Places' wollen wir sie der Öffentlichkeit frei zugänglich machen. Und wir wollen in den Diskurs über Diversität und Toleranz eingreifen.“ Dazu haben sich die Verantwortlichen einen besonderen Zeitpunkt ausgesucht: gleich zu Beginn des neuen jüdischen Jahres 5779. (kna öki 25.09.2018)
- **Der emeritierte Papst Benedikt XVI./Joseph Ratzinger hat sich erneut zum interreligiösen Dialog mit dem Judentum zu Wort gemeldet.** Die internationale theologische Zeitschrift „Communio“ veröffentlichte auf ihrer Website ([www.communio.de](http://www.communio.de)) einen Briefwechsel mit dem Wiener Oberrabbiner Arie Folger. Dieser kam als Reaktion auf einen Beitrag Benedikts XVI. im Juli zustande, der zahlreiche, auch kritische Reaktionen hervorgerufen hatte. Der Wiener Oberrabbiner hatte in der „Jüdischen Allgemeinen“ eine „Einordnung aus rabbinischer Sicht“ veröffentlicht. Auf diesen Text hatte in einem persönlichen Brief Benedikt XVI. geantwortet; die letzte Antwort Folgers folgte Anfang September.

In seinem auf den 23. August datierten Brief an den Rabbiner hält Benedikt XVI. fest, dass die Auseinandersetzung über die Frage, ob die Hebräische Bibel auf die Person Jesu hin auszulegen sei, von christlicher Seite her „häufig oder fast immer nicht in der gebotenen Ehrfurcht für die andere Seite geführt“ worden sei. Stattdessen habe sich, so der emeritierte Papst, „die traurige Geschichte des christlichen Antisemitismus gebildet, die schließlich in den antichristlichen Antijudaismus der Nazis mündet und mit Auschwitz als traurigem Höhepunkt vor uns steht“. Tatsächlich müsse der Dialog konstruktiv weitergeführt werden - obgleich er „nach menschlicher Voraussicht“ wohl „nie zu einer Einheit der beiden Interpretationen führen“ werde. Es bleibe aber „beiden Seiten aufgetragen, um die rechte Erkenntnis zu ringen und die Auffassung der je anderen Seite ehrfürchtig zu bedenken.“

Einen Dreh- und Angelpunkt für ein wertschätzendes Verständnis sieht Benedikt XVI. etwa in der Gestalt des Mose, von dem es heißt, er habe „mit dem Herrn wie ein Freund“ gesprochen. Daraus ergebe sich eine christliche Anschlussfähigkeit, so Benedikt XVI.: „Jesus von Nazareth erscheint uns Christen als die zentrale Hoffnungsgestalt, weil er mit Gott auf Du und Du steht.“

Mit Blick auf den heutigen Staat Israel hält Benedikt XVI. fest, dass dieser ein säkularer Staat sei, „der freilich durchaus religiöse Grundlagen hat“. Die Entwicklung der Idee eines säkularen Staates an sich sei gar „wesentlich auch jüdischem Denken zu verdanken, wobei säkular nicht antireligiös bedeutet“. Insofern könne man in der Entstehung des säkularen Staates Israel gar „auf eine geheimnisvolle Weise die Treue Gottes zu Israel erkennen“. Als ein weiteres Thema für den künftigen Dialog zwischen Christen und Juden bezeichnete Benedikt XVI. schließlich die Figur Martin Luthers. Dessen „antijudaistisches Denken“ habe in der Folge einen „pseudoreligiösen Markionismus“ hervorgebracht. Weiter heißt es: „Mir scheint, dass gerade in diesem Punkt wichtige Möglichkeiten für ein erneuertes Gespräch mit dem Judentum liegen.“

In seiner auf den 4. September datierten Antwort betont der Wiener Oberrabbiner, der Brief Benedikt XVI. enthalte Thesen, „die im jüdisch-christlichen Dialog tatsächlich ein Wegweiser sein können“. „Volles Einverständnis“ äußerte Folger dazu, dass beide, Juden wie Katholiken, heute aufgerufen seien, „sich zusammen für den Erhalt der moralischen Standards im Westen einzusetzen“. Wenn der Westen „immer säkularer“ und dabei eine Mehrheit „zunehmend intolerant gegenüber Religionen“ werde, so könne man dies als Auftrag sehen, „öfter zusammen auf(zu)treten“, so Folger. „Gemeinsam können wir viel stärker sein als vereinzelt.“

Dankbar zeigte sich Folger auch über Benedikts Deutung des Status des Staates Israel. Indem er im säkularen Staat ein Zeichen für den Fortbestand des Bundes zwischen Gott und dem Volk Israel sehe, sei „die Distanz zwischen unseren jeweiligen Positionen sicher kleiner geworden“, so der Oberrabbiner. Tatsächlich sei Israel ein säkularer Staat; doch gerade für die Rückkehr der Juden aus aller Welt nach Israel sei die Vorstellung Zions „religiös nicht unbedeutend“. Abschließend unterstreicht Folger noch einmal, wie wichtig aus jüdischer Sicht eine deutliche Betonung des „ungekündigten Bundes“ zwischen Gott und dem Volk Israel sei. (kna öki 25.09.2018)

- **Die geplante Gründung der Gruppe „Juden in der AfD“ sorgt für Kritik.** Er könne dieses Engagement nicht verstehen, sagte der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, der „Passauer Neuen Presse“. Die AfD schüre Hass und Ressentiments. „Natürlich treffen Juden nicht nur kluge Entscheidungen“, so Schuster. In seinen Augen seien aber Teile der AfD rechtsextrem. Daher sei auch eine Beobachtung der Partei durch den Verfassungsschutz gerechtfertigt. Schuster sagte weiter, er beobachte eine zunehmende Verunsicherung in den jüdischen Gemeinschaften. Es gebe zwar noch keine Tendenz zur Auswanderung: „Wir sitzen nicht auf den sprichwörtlichen gepackten Koffern, schauen aber zum Teil nach, wo unsere Koffer stehen.“

Die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München, Charlotte Knobloch, erklärte in der „Bild“-Zeitung: „Die AfD ist und bleibt eine Partei, in der Antisemiten sich pudelwohl fühlen können.“ Die AfD habe „seit ihrer Gründung entscheidend dazu beigetragen, die gesellschaftliche Debatte in unserem Land zu vergiften und antisemitische Ressentiments wieder salonfähig zu machen“. Die Partei benutze Juden als „Feigenblatt für plumpen AfD-Rassismus“, so Elio Adler vom Berliner Verein „WertInitiative“. Maram Stern vom Jüdischen Weltkongress warf der AfD vor, „nicht mit beiden Beinen auf dem Boden des Grundgesetzes“ zu stehen und offen gegen Minderheiten zu hetzen. „Ich glaube nicht, dass man der AfD einen Koscherstempel geben sollte“, sagte er der Zeitung.

Der Kreis der „Juden in der Alternative für Deutschland“ will sich nach Angaben der Partei am 7. Oktober in Offenbach gründen. Auf Unverständnis stößt die Ankündigung auch bei den religionspolitischen Sprechern der anderen Parteien. Unionsvize Hermann Gröhe (CDU) zeigte sich entsetzt. „Die Entscheidung für die Mitgliedschaft: in einer Partei, die die Verharmlosung nationalsozialistischen Unrechts und antisemitischer Töne in ihren Reihen duldet, ist für mich ohnehin nicht nachzuvollziehen, bei Juden aber ganz besonders unverständlich“, sagte er der „Rheinischen Post“.

Der religionspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Lars Castellucci, erinnerte an die Verfolgung von Jüdinnen und Juden durch Nationalsozialisten. „Dafür, dass sich jetzt eine jüdische Plattform in einer Partei formieren soll, die selbst Nazis in ihren Reihen hat, habe ich kein Verständnis“, sagte er der Zeitung. Der FDP-Religionspolitiker Stefan Ruppert bezweifelte das Ergebnis der geplanten Plattform-Gründung. „Der Versuch, sich mit einer jüdischen Vorfeldorganisation gegen den wohlbegründeten Vorwurf antisemitischer Tendenzen reinzuwaschen, ist so durchsichtig, dass er sicher scheitern wird.“ Grünen-Religionspolitiker Konstantin von Notz meinte: „Die AfD ist mit ihrer intoleranten, selbstgerechten, pseudopatriotischen Agenda und als eine religiöse Minderheiten stigmatisierende und diskriminierende Partei eine Gefahr für uns alle.“ Die Linken-Religionspolitikerin Christine Buchholz betonte, „weiter gemeinsam mit jüdischen und muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern gegen die menschenverachtende Politik der AfD vorgehen“ zu wollen.“ (kna öki 02.10.2018)



- **Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg werden in Berlin orthodoxe Rabbiner und Kantoren ordiniert.** Der Festakt findet am 9. Oktober in der Beth Zion Synagoge in Berlin-Mitte (Brunnenstraße 33) statt, wie der Zentralrat der Juden in Deutschland ankündigte. In ihre Ämter eingeführt werden die Rabbiner Alexander Kahanovsky, Shraga Yaakov Ponomarov und Shlomo Sajatz sowie die Kantoren Alexander Adler, Baruch Chauskin und Doron Burstein. Als Ehrengast hält Außenminister Heiko Maas (SPD) die Festrede. Zudem sprechen Zentralratspräsident Josef Schuster, der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Ronald S. Lauder, und der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD). In den vergangenen Jahren gab es mehrere Ordinationsfeiern in verschiedenen Städten Deutschlands, dies ist nach Angaben des Zentralrats die erste Ordination von Absolventen des Rabbinerseminars zu Berlin in der Hauptstadt. (kna öki 02.10.2018)
- **Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat Judenfeindschaft verurteilt.** Die Bundesregierung wende sich gegen Antisemitismus – „ganz gleich, von wo er ausgeht und in welcher Form er sich äußert“, sagte Merkel am 4. Oktober in Haifa. Deutschland kenne die „immerwährende Verantwortung, die uns aus der Schoah erwachsen ist“. Merkel äußerte sich bei der Entgegennahme der Ehrendoktorwürde der Universität Haifa. Heute gebe es – „und das ist ein Wunder - blühendes jüdisches Leben in Deutschland“, so Merkel weiter. Das sei nach den Verbrechen der Nationalsozialisten alles andere als selbstverständlich. Das wieder erstarkte jüdische Leben sei Teil der Identität Deutschlands und damit auch dessen, „was wir mit dem Begriff ‚Heimat‘ in unserem Land beschreiben“. Anlass für den Besuch in Jerusalem waren die siebten deutsch-israelischen Regierungskonsultationen. Merkel und zahlreiche Kabinettsmitglieder reisten nach den Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit in Berlin nach Israel. Begleitet wurden die Kanzlerin, Minister und Staatssekretäre bei dem zweitägigen Treffen auch von einer Wirtschaftsdelegation. (kna öki 09.10.2018)
- **Es sind zu Kunst und Stein gewordene Erinnerungen an den glühenden Hass der Christen gegen die Juden über Jahrhunderte. An zahlreichen Gotteshäusern finden sich antijüdische Darstellungen - und rund ein Dutzend am Kölner Dom.** Zum Beispiel eine „Judensau“. Das Domkapitel und die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit wollen sich dieser dunklen Seite der Kirchengeschichte verstärkt stellen - gerade wegen des damit verbundenen Antisemitismus. Und mit Blick auf das Jahr 2021. Dann wird der 1.700-jährigen Präsenz der Juden in Deutschland und nördlich der Alpen gedacht. Als ersten Schritt präsentierten der Kölner Domkapitular und Weihbischof Rolf Steinhäuser, Jürgen Wilhelm als Vorsitzender der Kölnischen Gesellschaft sowie der Ehrenpräsident des Zentral-Dombau-Vereins, Michael H.G. Hoffmann, die Publikation „Der Dorn und die Juden“. Die Neuauflage des vor zehn Jahren veröffentlichten Domblatts beschreibt auf 260 Seiten die judenfeindlichen Darstellungen an und in der Kathedrale. Denn diese könnten ja „nicht einfach mit Hammer oder Säge vernichtet werden“, sagte Steinhäuser. Die Dokumentation stelle einen „Akt der heilenden Erinnerung“ dar und damit einen wichtigen Schritt auf die jüdische Gemeinde, so der Bischofsvikar für den interreligiösen Dialog. Er stellte klar, dass die katholische Kirche ihre Haltung zu den Juden beim Zweiten Vatikanischen Konzil völlig revidiert habe. Die antijüdischen Tendenzen der mittelalterlichen und späteren Darstellungen sind für den Laien kaum erkennbar. Das Motiv der „Judensau“, bei der Juden an einem als unrein geltenden Schwein saugen, ist noch am ehesten als diskriminierendes Artefakt auszumachen. Am Kölner Dom findet sich eine solche „Judensau“ an einem Chorpfeiler in 45 Meter Höhe in Form eines Wasserspeiers. Auch im Chorgestühl tauchen solche Darstellungen in zwei Reliefszenen auf. Selbst an dem Herzstück der Kathedrale, dem 1225 vollendeten Dreikönigsschrein, lässt sich ein judenfeindliches Motiv entdecken. In einer Geißelungsszene tragen zwei Henkersknechte Judenhüte. Damit nicht genug. Auch ihre karikaturhaft verzerrten Gesichtszüge sollen sie als böartige Gegner Christi abstempeln. Das jüngste antijudaistische Werk stammt aus dem Jahr 1880, eine Skulptur im Michaelsportal an der Nordseite des Doms. Es benötigt schon viel Expertenwissen, um den gegen die Juden gerichteten Subtext zu verstehen. Die Figur zeigt den Märtyrer Werner von Oberwesel. Dessen Hand ruht auf einer überquellenden Winzerbütte, die nicht nur Wein und Blut symbolisiert, sondern auch den nach damals verbreiteter Auffassung von Juden verschuldeten blutigen Kreuzestod Christi. Eher ungeplant haben sich aus nationalsozialistischer Zeit Spuren an der Kathedrale festgemacht. Steinmetze haben sich laut Dombaumeister Peter Füssenich auf eigene Initiative hin mit fünf bis zehn Hakenkreuzen verewigt, die sie in Ersatzsteine eingearbeitet haben. Damit diese Geschichte nicht in Vergessenheit gerät, planen Domkapitel und Kölnische Gesellschaft weitere Maßnahmen. Über die Dokumentation hinaus soll es demnächst spezielle Führungen zum Thema antijüdische Artefakte geben und die Domführer dafür eine entsprechende Ausbildung erhalten. Weiter in Planung: ein Flyer und eine Ausstellung. Einen besonderen

Vorschlag machte der Theologe Bernd Wacker. Als früherer Leiter der Kölner Karl-Rahner-Akademie hatte er eine Tagung organisiert, die sich mit den antijüdischen Darstellungen am Dom befasste und Grundlage für die Publikation war. Aus seiner Sicht hat jedes Jahrhundert mit Kunst das Verhältnis zwischen Christentum und Judentum kommentiert. Nun sei es Zeit, 80 Jahre nach der Shoah wieder ein neues Werk zu entwickeln, um das - neue - Verhältnis zum Judentum zu beschreiben. (kna öki 30.10.2018)

- **Wie kommen gute Beziehungen zwischen Christen und Juden zustande? Nicht nur durch theologische Gesprächsrunden, sondern vor allem durch Freundschaften. Davon ist Papst Franziskus überzeugt.** Im Vatikan empfing er eine Gruppe von Juden aus dem Kaukasus. Dabei sagte er: „Mir war es immer ein Anliegen zu betonen, wie wichtig Freundschaft zwischen Juden und Katholiken ist. Sie fußt auf einer Geschwisterlichkeit, die ihre Wurzeln in der Heilsgeschichte hat, und sie wird in Aufmerksamkeit füreinander konkret. Mit Ihnen zusammen danke ich dem Geber alles Guten für das Geschenk unserer Freundschaft – sie ist der Motor unseres Dialogs.“

Die Formel Johannes Pauls II., dass die Juden „die älteren Brüder“ der Christen seien, griff Franziskus bei der Audienz nicht explizit auf. Der emeritierte Papst Benedikt hatte die Formel unlängst kritisiert: sie sei missverständlich und bringe das christlich-jüdische Miteinander nicht unbedingt voran, schrieb Benedikt in einem Text, der im Juli in der Zeitschrift „Communio“ erschien.

Franziskus ist selbst mit mehreren Rabbinern befreundet. Vor seiner Wahl zum Papst brachte er in seiner Zeit als Erzbischof von Buenos Aires ein Gesprächsbuch mit dem argentinischen Rabbiner Abraham Skorka heraus. Dieser begleitete Franziskus 2014 auch auf dessen Reise ins Heilige Land. Trotz der Betonung, wie fundamental Freundschaft sei, lobte der Papst aber auch den Dialog zwischen beiden Religionen. „Es ist ein Dialog, den wir in unserer Zeit stärker fördern und auf interreligiöser Ebene erweitern sollten, zum Wohle der Menschheit.“ Damit warb Franziskus für ein Einbeziehen von Muslimen in das Religionsgespräch, also für den Dialog der großen, monotheistischen Traditionen. Der Papst erinnerte in seiner Rede auch an seine letzte Begegnung mit einer jüdischen Gemeinschaft: Am 23. September war das, bei seinem Besuch in Litauen. „Es war ein Tag, der der Erinnerung an die Shoa galt, 75 Jahre nach der Zerstörung des Ghettos von Wilna und der Ermordung Tausender von Juden. Ich habe am Mahnmal für die Opfer des Holocaust gebetet und den Allerhöchsten gebeten, sein Volk zu trösten.“ In diesem Satz versteckte sich eine Anspielung auf den berühmten Ausruf „Tröstet, tröstet mein Volk!, spricht euer Gott“ aus dem Buch des Propheten Jesaja (40,1). „An den Holocaust zu erinnern ist notwendig, damit ein lebendiges Gedächtnis der Vergangenheit erhalten bleibt. Ohne ein lebendiges Gedächtnis wird es keine Zukunft geben – denn wenn wir nicht aus den dunkelsten Seiten der Geschichte lernen, um nicht wieder dieselben Fehler zu begehen, dann wird die Menschenwürde toter Buchstabe bleiben.“

Franziskus blieb beim Thema Shoa. Zunächst erwähnte er, dass am 16. Oktober vor 75 Jahren das römische Ghetto von den nationalsozialistischen Besatzern aufgelöst worden ist. Viele Juden der Ewigen Stadt starben kurz darauf in Auschwitz. Von den wenigen Überlebenden der römischen Judenraza ist der letzte – Lello Di Segni – Ende Oktober diesen Jahres gestorben. „Und in einigen Tagen, am 9. November, jährt sich zum achtzigsten Mal die sogenannte Kristallnacht, in der viele jüdische Kultstätten zerstört wurden – auch mit der Absicht, das auszurotten, was völlig unantastbar im Herzen des Menschen und eines Volkes ist, nämlich die Präsenz des Schöpfers. Als man den guten Gott durch den Götzendienst der Macht und einer Ideologie des Hasses ersetzen wollte, gelangte man bis zu dem Wahnsinn, Menschen auszurotten. Darum ist die Religionsfreiheit ein hohes, schützenswertes Gut, ein fundamentales Menschenrecht, ein Damm gegen totalitäre Anwendungen.“

Franziskus' Gedankengang von diesem Montag lehnt sich an eine Rede an, die sein Vorgänger Benedikt XVI. Ende Mai 2006 während seiner Polenreise auf dem Gelände des früheren KZ Auschwitz-Birkenau gehalten hat. „Im tiefsten wollten jene Gewalttäter mit dem Austilgen dieses Volkes den Gott töten, der Abraham berufen, der am Sinai gesprochen und dort die bleibend gültigen Maße des Menschseins aufgerichtet hat“, sagte damals der deutsche Papst. „Wenn dieses Volk einfach durch sein Dasein Zeugnis von dem Gott ist, der zum Menschen gesprochen hat und ihn in Verantwortung nimmt, so sollte dieser Gott endlich tot sein und die Herrschaft nur noch dem Menschen gehören – ihnen selber, die sich für die Starken hielten...“ Auch Franziskus selbst hat 2016, am Rand des Weltjugendtages von Krakau, das frühere KZ besucht, dabei aber aus Respekt vor den Toten keine Rede gehalten.

Deutlich verurteilte der Papst vor seinen Besuchern aus dem Kaukasus Antisemitismus. „Leider gibt es auch heute noch antisemitische Einstellungen. Wie ich schon mehrfach gesagt habe, kann ein Christ kein Antisemit sein! Unsere Wurzeln sind dieselben. Es wäre ein Widerspruch des Glaubens und des Lebens. Stattdessen sollten wir uns gemeinsam dafür einsetzen, dass der Antisemitismus aus der menschlichen Gemeinschaft ausgeschlossen wird.“ „Im geistigen Sinn sind wir Semiten“, bemerkte schon Pius XI. im September 1938, also noch vor dem Beginn des Holocaust, in einer Rede an belgische Pilger. Franziskus ließ in seiner Ansprache nochmal eine interreligiöse Begegnung Revue passieren, an der er vor zwei Jahren bei seinem Besuch in Aserbaidschan teilgenommen hat. „Ich sagte damals, dass die Harmonie, für die Religionen sorgen können, ausgehen kann von den persönlichen Beziehungen und dem guten Willen der Verantwortlichen. Das ist der Weg! Mit den anderen reden und für alle beten – das sind unsere Mittel, um Schwerter zu Pflugscharen zu machen... Unsere Zeit braucht keine gewaltsamen, brüskten Lösungen, sondern geduldige Prozesse der Versöhnung. Das ist eine fundamentale Aufgabe, zu der wir aufgerufen sind.“ (rv, Stefan von Kempis 05.11.2018)

- **Über die Zukunft der jüdischen Gemeinschaft wurde auch an historischem Ort diskutiert. Vier Tage lang sprachen - und seltener auch stritten - Experten, Studenten, Alte, Junge und viele andere Interessierte auf dem ersten Jüdischen Zukunftskongress in Berlin.** Zum Beispiel in der ehemaligen Neuen Synagoge an der Oranienburger Straße. Sie war einst das größte jüdische Gotteshaus Deutschlands und beherbergt heute das Centrum Judaicum. „Fehlt dir was? Mach was!“ - diese Äußerung einer jungen Teilnehmerin machte die Stoßrichtung deutlich, die zahlreiche Debattenbeiträge nahmen: selbst aktiv werden, um etwas in den Jüdischen Gemeinden auf die Beine zu stellen oder auch sich in die Gesellschaft einzubringen. Immer wieder wurde deutlich, dass die jüdische Gemeinschaft in Deutschland sich durch eine große Vielfalt auszeichnet.

Und auch dies: Heute wollen Juden sich aktiv und mit eigenen Ideen in die Gesellschaft einbringen - und dabei nicht immer den Erwartungen der Mehrheit entsprechen, was etwa Formen des Gedenkens oder die Festlegung auf Themen wie Antisemitismus, die Shoah oder den Nahost-Konflikt angeht. „Es gibt Juden, die ihr Selbstbewusstsein aus anderen Ressourcen ziehen“, betonte etwa Doron Kiesel vom Zentralrat der Juden in Deutschland. Die Vielfalt kann offensichtlich produktiv sein, was sich an Beispielen zeigt: auch nichtjüdische Ehepartner in die Gemeinde einzuladen oder studentische Initiativen wie „Studentim“ in Berlin zu gründen. Vielfalt bedeutet aber auch Unterschiede und Positionen, die sich nicht immer vertragen: „Ich glaube, wir sind noch nicht so weit, gemeinsam loszulaufen“, sagte die Konfliktforscherin Neta-Paulina Wagner von der Radboud University Nijmegen. Der Kongress habe aber wichtige Themen angerissen.

Angerissen wurde etwa die Idee von Denkfabriken. In Planung sind ein jüdischer und ein jüdisch-muslimischer Thinktank, an denen sich viele Organisationen und Gruppen beteiligen wollen, um sich in gesellschaftspolitische Debatten einzubringen. Ein Zeitpunkt für die Gründung dieser Denkfabriken steht bisher nicht fest. Der Geschäftsführer des Zentralrats der Juden, Daniel Botmann, plädierte außerdem dafür, nicht in einer „Berliner Blase“ zu agieren und auch die Gemeinden außerhalb größerer Zentren in den Blick zu nehmen.

Der Zukunftskongress endete unmittelbar vor dem 80. Jahrestag der NS-Novemberpogrome. Da lag es nahe, dass die Frage nach der Form des Gedenkens mehrfach aufkam. Gleich zu Beginn betonte der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Gideon Joffe, dass die Erinnerung an den Holocaust zwar weiter notwendig sei. Doch müsse die Form überdacht werden. Um einen „sekundären Antisemitismus“ zu vermeiden, der sich aus der Abwehr von Schuldgefühlen speise, solle nicht nur an die Verbrechen der Nationalsozialisten an den Juden als der „größten Opfergruppe“ erinnert werden, sondern auch an die Verbrechen am deutschen Volk allgemein. Zu den unterschiedlichen Arten der Erinnerung gehört auch, dass bei den seit den 1990er Jahren nach Deutschland zugezogenen Juden aus der Ex-Sowjetunion der 8. Mai als Tag des Sieges über Hitler-Deutschland eine große Rolle gespielt hat. In den Debatten ging es auch um das „digitale Gedächtnis“ und dass es dabei auch gewisse Risiken in den Darstellungsformen gebe. Alles in allem zeigten Debatten über die Erinnerungskultur, dass etwas passiere und in Bewegung sei, sagte die Direktorin des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden in Hamburg, Miriam Rürup. Zum Ende des Kongresses unter dem Motto „Weil ich hier leben will“ gab Doron Kiesel den Teilnehmern mit auf den Weg, dass zum jüdischen Selbstbewusstsein auch das Wissen gehöre, „woher ich komme“. Und, mit Blick auf das Kongressmotto: „In dem Moment, in dem ich etwas will, kann ich auch gestalten.“ (kna öki 13.11.2018)

- **Das Land Schleswig-Holstein hat einen neuen Vertrag mit den beiden jüdischen Landesverbänden geschlossen.** Der Landtag in Kiel genehmigte am 8. November einen entsprechenden Entwurf von Kulturministerin Karin Prien (CDU). Laut Bildungsministerium werden damit

die jährlichen Leistungen des Landes an die Verbände von bisher 500.000 auf 800.000 Euro erhöht. Das ermögliche den Verbänden, die notwendige Infrastruktur für ein lebendiges Gemeindewesen auszubauen. Mit dem neuen Vertrag werde zudem eine Gleichbehandlung mit den beiden großen Kirchen erreicht, hieß es.

So würden Regelungen aufgenommen, die bereits in den Staatskirchenverträgen enthalten seien, insbesondere zu den Rundfunk- und Medienanstalten des Landes, zur Seelsorge, zur Befreiung von Gebühren des Landes sowie zur Parität zwischen den Kirchen. Das Land verpflichte sich auch zu prüfen, ob jüdischer Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach in Schleswig-Holstein in den Vertrag aufgenommen werden könne. Die Landesregierung sehe den Vertrag gerade in Zeiten des zunehmenden Rechtspopulismus und Antisemitismus als ein wichtiges Zeichen, sagte Prien. „Wir wollen jüdischem Leben in Schleswig-Holstein eine solide Grundlage geben und ein lebendigeres Gemeindewesen ermöglichen.“ In Schleswig-Holstein leben nach Angaben des Ministeriums etwa 3.000 Juden. Etwa 1.800 sind bisher Mitglieder von jüdischen Gemeinden, die in den beiden Dachverbänden Landesverband der Jüdischen Gemeinden und Jüdische Gemeinschaft zusammengeschlossen sind. Mit den Landesmitteln finanzierten die Gemeinden unter anderem Mietkosten und die Gehälter von Rabbinern und Kantoren. Ein erster Vertrag war bereits 2005 mit den Verbänden geschlossen worden. (kna öki 13.11.2018)

- **In den über zehn Jahre dauernden Streit um den Neubau einer Synagoge in Potsdam kommt Bewegung:** Am 7. November unterzeichneten Brandenburgs Kulturministerin Martina Münch und der Potsdamer Oberbürgermeister Jann Jakobs (beide SPD) mit dem Vorsitzenden der etwa 450 Mitglieder zählenden Jüdischen Gemeinde Stadt Potsdam, Mykhaylo Tkach, und dem Vorsitzenden der rund 250 Mitglieder zählenden Synagogengemeinde Potsdam, Ud Joffe, eine Vereinbarung über Errichtung, Trägerschaft und Betrieb eines Synagogen- und Gemeindezentrums. Beide Gemeinden sollen das Zentrum gemeinsam als „Israelitischer Kultusgemeindegemeindebund Potsdam“ betreiben. Gebaut werden soll es nach einem überarbeiteten Entwurf des Berliner Architekten Jost Haberland. Zwischen ihm und den Gemeinden umstritten ist derzeit noch die Gestaltung der Außenfassade. Dies soll in den nächsten Monaten geregelt werden. Nötig ist auch eine neue Baugenehmigung, weil die bisherige abgelaufen ist.

Münch erklärte, 80 Jahre nach den nationalsozialistischen Judenpogromen sei die Vereinbarung ein wichtiges Zeichen für ein „neu entstandenes, vielfältiges und aktives jüdisches Leben in der Stadt Potsdam und dem Land Brandenburg“. Das Land finanziert den Neubau mit acht Millionen Euro. Es beteiligt sich später auch an den laufenden Kosten für einen Rabbiner und den Wachschatz, zudem bleibt das Gebäude vorläufig Landeseigentum. Tkach nannte den Neubau ein „Geschenk“. Damit könne sich das jüdische Gemeindeleben in Potsdam und im Land Brandenburg weiterentwickeln. Joffe erklärte, der Synagogenbau werde „nur ein Teil der größeren Aufgabe des Wiederaufbaus des ruinierten jüdischen Lebens in diesem Land“ sein. Eine weitere jüdische Gemeinde in Potsdam, die 256 Mitglieder zählende Gesetzestreue Jüdische Landesgemeinde, ist an dem Neubau nicht beteiligt. Münch betonte, dass das künftige Zentrum allen jüdischen Gemeinden und Einrichtungen in Potsdam zur Verfügung stehen solle. (kna öki 13.11.2018)

- **Josef Schuster (64) bleibt für weitere vier Jahre Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland.** Der Arzt aus Würzburg wurde auf der Ratsversammlung am 25. November in Frankfurt am Main einstimmig zum zweiten Mal in dieses Ehrenamt gewählt, wie der Zentralrat mitteilte. Zu den ersten Gratulanten gehörten der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, und die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Charlotte Knobloch. Nach seiner Wahl erklärte Schuster, der Zentralrat werde sich „weiterhin für eine sichere jüdische Zukunft in Deutschland einsetzen und seine Stimme gegen bedenkliche gesellschaftliche Entwicklungen erheben. Auch in Zeiten eines wachsenden Antisemitismus lassen wir uns nicht entmutigen. Wir werden unseren Beitrag zu einem toleranten und weltoffenen Deutschland leisten“. „Ich freue mich über diese Entscheidung und bin dankbar, dass so unsere gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit kontinuierlich fortgesetzt werden kann“, sagte Kardinal Marx. Schuster positioniere sich immer wieder klar gegen Rechtspopulismus: „Hier gibt es eine gemeinsame Haltung von Kirchen und Zentralrat in Deutschland. Ihre Sorge um die Demokratie und um eine von gegenseitigem Respekt bestimmte Debattenkultur in der Gesellschaft ist auch unsere Sorge.“ Knobloch nannte die Wiederwahl eine „gute Nachricht für das jüdische Leben in Deutschland“. Mit Schuster habe der Zentralrat auch in den nächsten vier Jahren einen fähigen Präsidenten an seiner Spitze. In diesen schwierigen Zeiten, da Juden Hass in Gesellschaft und Politik wieder aufflamme, sei Kontinuität das richtige Signal. Nun könne Schuster viele begonnene Projekte fortführen und weiter eigene Akzente setzen. Als Vizepräsidenten wurden Mark Dainow (Offenbach) und Abraham Lehrer (Köln) ebenfalls in ihren Ämtern bestätigt. Daneben wurden folgende Mitglieder in das Präsidium des

Zentralrats gewählt: Kuf Kaufmann (Leipzig), Ran Ronen (Düsseldorf), Milena Rosenzweig-Winter (Berlin), Harry Schnabel (Frankfurt/Main), Vera Szackamer (München) und Barbara Traub (Stuttgart). (kna öki 27.11.2018)

- **Die katholische Kirche und leitende Vertreter des Judentums planen eine gemeinsame Erklärung zu Euthanasie und assistiertem Suizid.** Dabei wollen sie vor allem die Gefahren dieser Entwicklungen thematisieren und für Palliativmedizin werben. Das geht aus einer gemeinsamen Erklärung hervor, die eine Delegation des Vatikan und des Großrabbinats von Jerusalem veröffentlichte. Die Delegation hatte von 18. bis 20. November in Rom getagt. Bei ihren Beratungen hatte die jüdisch-christliche Kommission vor allem über einen besseren gesellschaftlichen Schutz und Förderung von Kindern gesprochen. Ihnen müssten möglichst viele und unterschiedliche Möglichkeiten gegeben werden, zu wachsen und sich zu entwickeln. Dazu brauche es authentische und stabile, liebende Beziehungen, zusätzlich gute Ernährung, Gesundheitsversorgung und Schutz. Aber auch Bildung sowie religiöse Erziehung gehörten dazu. Gemeinsame ethische Grundlage ihres Engagements seien die Heiligen Schriften, die Juden und Christen gemeinsam sind. Diese bezeugten besonders die wichtige Gottebenbildlichkeit des Menschen, heißt es in der Erklärung. Papst Franziskus forderte bei einem Empfang für die Kommission Juden und Christen als Kinder des einen Gottes zum gemeinsamen Einsatz für den Frieden auf. (kna öki 27.11.2018)
- **So kämpferisch hat man Joseph Ratzinger/ Benedikt XVI. schon lange nicht mehr gelesen.** In der neuesten Replik auf seinen Kritiker Michael Böhnke (Wuppertal) schreibt er: Das „ist grotesker Unsinn und hat nichts mit dem zu tun, was ich gesagt habe“. Beide Texte, die Kritik von Böhnke und die heftige Replik Ratzingers, sind in Heften der „Herder Korrespondenz“ erschienen - letzterer auf ausdrückliches Ersuchen des emeritierten Papstes.  
In der Sache geht es um eines der heikelsten theologischen Themen der Gegenwart: Das Verhältnis des Christentums zum Judentum. Nur vor diesem Hintergrund ist verständlich, warum der emeritierte Papst so scharf reagiert. Er sieht sich zu Unrecht beschuldigt, einem neuen Antisemitismus Vorschub zu leisten und den Konsens von Nostra aetate aufgekündigt zu haben. Nach Jahrhunderten voll Polemik und Feindschaft war das christlich-jüdische Verhältnis erst 1965 durch das Konzilsdokument Nostra aetate auf eine neue, fruchtbare und friedliche Grundlage gestellt worden. Und um die Auslegung dieses Texts, der in Sonntagsreden gerne als „historischer Meilenstein“ im Verhältnis der beiden Glaubensgemeinschaften gelobt wird, geht es in der Kontroverse.  
Die vatikanische Kommission für das Judentum veröffentlichte 2015 ein Dokument, das Nostra aetate würdigte und zugleich versuchte, diesen Text im Lichte seiner Wirkungsgeschichte und der neueren theologischen Forschung weiter auszudeuten. Einige Passagen in dem Text missfielen dem stets auf Genauigkeit bedachten Alt-Papst, weil sie aus seiner Sicht Dinge behaupteten, die gut gemeint waren, einer wissenschaftlichen Betrachtung aber nicht standhielten. Besonders missfiel ihm die von dem Text behauptete „Substitutionstheorie“. Diese angeblich seit dem Mittelalter allgemein akzeptierte Theorie besage, dass die Verheißungen Gottes nicht mehr dem Volk Israel gälten, weil es Jesus nicht als Sohn Gottes anerkannt habe, sondern seither auf die Kirche übergegangen seien. Eine solche Theorie wäre - wenn es sie denn gäbe - eine schöne Begründung dafür, warum die Christen den „treulosen“ Juden (notfalls auch unter Zwang) zeigen müssen, wo es lang geht zum wahren Heil: Nämlich nur über die Kirche und ihre Sakramente. Das klingt plausibel, doch hat es, wie Ratzinger nun feststellt, eine solche festgefügte Theorie unter diesem Begriff vermutlich nie gegeben. Sie sei nachträglich konstruiert worden, um die moderne Überwindung der schlimmen „mittelalterlichen“ Sicht der Kirche auf das Judentum anschaulicher zu machen.  
Mit ähnlicher Schärfe seziert er eine zweite These, die aus der Theologie seines Vorgängers Johannes Paul II. stammt: Es ist die Theorie des „nie gekündigten Bundes“ zwischen Gott und dem Volk Israel. Sie besagt - ähnlich wie die behauptete Überwindung der „Substitutionstheorie“ - dass Gott seinen einmal geschlossenen Bund mit Israel nie aufgekündigt hat. Auch hier sieht Ratzinger unzulässige Vereinfachung am Werk und weist darauf hin, dass das Alte Testament nicht nur von einem, sondern von mehreren Bundesschlüssen Gottes mit seinem Volk berichtet - und auch von Aufkündigungen des Bundes durch das Volk, etwa bei der Anbetung des Götzen Baal am Sinai. An die Stelle der Rede vom „nie gekündigten Bund“ müsse also ein differenziertes und dynamischeres Bild treten, so seine Forderung.  
Als Ratzinger diese und weitere Punkte in einem Aufsatz der Zeitschrift „Communio“ im Juli darlegte, entlud sich ein Sturm des Protests, an dem sich jüdische, aber auch innerkirchliche Stimmen beteiligten. Sie deuteten Ratzingers Kritik an beiden Vereinfachungen als grundsätzliche Infragestellung des Durchbruchs, den Nostra aetate 1965 gebracht hatte: Die längst überfällige Anerkennung der Kirche, dass die Juden auch weiterhin auf die Heilszusage Gottes bauen

können. Eine unmittelbare Konsequenz daraus ist, dass die Kirche auf die Missionierung von Juden verzichtet.

Wollte also Ratzinger diesen Fortschritt in Frage und der Judenmission wieder Tür und Tor öffnen? In seiner jüngsten Replik hat der emeritierte Papst unmissverständlich klargestellt, dass es auch aus seiner Sicht für Israel keine christliche Mission gibt, sondern nur den Dialog über das, was Jesus Christus für Israel bedeutet. Auf diese Weise hat der scharfe theologische Schlagabtausch am Ende doch noch eine erfreuliche Klarstellung bewirkt. (kna öki 27.11.2018)

- **„Ich bin tief erschüttert über den furchtbaren Anschlag auf die „Tree of Life“-Synagoge in Pittsburgh.** Ich trauere um die Opfer, ich bete für die Verletzten und all die Menschen, die einen geliebten Menschen verloren haben oder um deren Leben bangen. Wenige Tage vor dem 80. Jahrestag der Novemberpogrome in Deutschland schmerzt diese blinde, fanatische, hasserfüllte antisemitische Tat ganz besonders. Sie ruft uns dazu auf, gegen Hass, Gewalt und Ausgrenzung aufzustehen! Wir stehen an der Seite unserer jüdischen Geschwister. Es gilt: der christliche Glaube schließt jede Form von Judenfeindschaft aus.“ Ralf Meister (aus: Newsletter für November / Dezember 2018 des Vereins Begegnung Christen und Juden Niedersachsen e. V)
- **Die Kirche solle das Fest Jesu Beschneidung wieder in ihren Festkalender aufnehmen.** Dafür wirbt der Wiener Theologe Jan-Heiner Tück in einem Artikel in der Neuen Züricher Zeitung. Als Sohn einer jüdischen Mutter sei Jesu beschnitten worden, jahrhundertlang habe ein Fest im liturgischen Kalender daran erinnert. Erst die Grundordnung des Kirchenjahres nach dem Konzil habe auf den 1. Januar, an dem das Fest gefeiert wurde, das Hochfest der Gottesmutter Maria gelegt. Eine Wiederbelebung des Festes sei ein deutliches Zeichen gegen einen Antisemitismus, der sich im politisch rechten Spektrum, aber neuerdings auch bei durch linke Stimmen und im islamischen Antisemitismus laut äußere. Dazu solle die Kirche nicht schweigen, so Tück. Die „Lücke in der kirchlichen Gedenkkultur“ solle geschlossen werden.

Nach der Zerstörung des Tempels 70 nach Christus wurde die Beschneidung gemeinsam mit der Einhaltung des Sabbats und den Speisevorschriften zu einem zentralen Ausdruck jüdischer Identität, schreibt der Wiener Theologe. Gleichzeitig hätten sich immer wieder Stimmen erhoben, welche dieses Ritual attackiert hätten. Tendenzen, die Beschneidung zu problematisieren oder als überholtes Relikt verächtlich zu machen, habe es immer wieder gegeben, bis in die Gegenwart hinein. Auch wenn im Christentum die Taufe an die Stelle der Beschneidung getreten sei, lasse sich das Christentum von Judentum nicht ablösen. Tück weist in dem Artikel auch auf den Besuch von Papst Franziskus in der römischen Großen Synagoge 2016 hin. Der Papst sei gefragt worden, ob er das Fest Beschneidung des Herrn nicht wieder einführen wolle, und habe geantwortet: „Eine gute Idee“. (NZZ, rv 30.12.2018)

## **2. Aus der jüdischen Welt – Israel**

- **In Bethlehem sind zwei Rohrbomben auf das Gelände des Rachelgrabes geworfen worden.** Laut „Jerusalem Post“ detonierten die Sprengsätze jedoch nicht. Die Bomben seien von der palästinensischen Seite der Sperrmauer aus geworfen worden. Sie trennt die Heilige Stätte von Bethlehem in Palästina. Ein Spezialkommando habe die Sprengsätze entschärft. Nach Angaben der Grenzpolizei wurde niemand verletzt. Derzeit würden drei verdächtige Palästinenser vernommen. Die Heilige Stätte wird in der jüdischen Tradition als Grab der biblischen Stammutter Rachel verehrt. Sie war die Lieblingsfrau des Patriarchen Jakob und Mutter des Joseph, mit dem sich Thomas Manns Romanwerk „Joseph und seine Brüder“ beschäftigt. Das Grab befindet sich im israelisch besetzten Westjordanland nördlich von Bethlehem. Heute erhebt sich an der Stelle die Moschee „Bilal bin Rabah“. Seit Jahrzehnten ist es Muslimen von den israelischen Behörden untersagt, dort zu beten. In den vergangenen Jahren kam es laut israelischen Angaben wiederholt zu arabischen Übergriffen auf jüdische Besucher der Stätte. (rv 15.08.2018)
- Auf dem Jerusalemer Zionsberg gab es auch in diesem Jahr eine weitere Grabungssaison unter der Leitung von Dieter Vieweger, dem Direktor des Deutschen Evangelischen Instituts für Altertumswissenschaft des Heiligen Landes, Jerusalem und Amman. Im westlichen Teil wurde nach der Abnahme des omayyadischen Stratums die byzantinische Abwasserverteilung erkundet, die verhindern sollte, dass die nahe gelegene Stadtmauer während der Winterregen zur "Talsperre" mutierte und samt Abwasser wie Regenwasser ins Hinnomtal (die Hölle) abgespült würde. Alle Kanäle entwässerten in Richtung Tor durch die schon im 2. Jahrhundert v. Chr.

gebauten Cloaca maxima. Eine Zisterne mit bemerkenswert gut erhaltenem Verputz wurde bis in die omayyadische Zeit hinein benutzt, "sauber und verwendungsbereit" aufgefunden. Sie wurde mit der Aufgabe des omayyadischen Stratum (nach dem Erdbeben von 747 n. Chr.) durch die oberirdische Verschüttung de facto außer Gebrauch gesetzt. Die herausragende Entdeckung war die Freilegung der hasmonäisch-herodianischen Straße, die sich vom Essener-Tor herkommend in den südlichen Teil der Stadt zog. Ihr Charakter als römische Transportstraße mit steinernem Untergrund wurde geändert zugunsten eines mit großen Randsteinen konstruierten Weges mit Stampflehmbeleg. Die römische Straße wurde als Fundament für byzantinische Häuser verwendet. Die besaßen einen weißen Mosaikfußboden und einen mit Kerben versehenen Wandverputz, der an einigen Stellen farbige Verzierungen getragen hat. Der Abwassergraben unter den byzantinischen Häusern (Cloaca maxima) konnte partiell freigelegt werden. Archäologen hatten ihn 1895 noch komplett begangen. Er ist inzwischen jedoch an mehreren Stellen verschüttet, was mit der Friedhofsvergrößerung 1903/4 zusammenhängt. Auf jenem Friedhof sind auch gefallene deutsche Soldaten des Ersten Weltkriegs begraben. Abwechselnd mit einem entsprechenden Friedhof in Nazareth veranstaltet die Deutsche Botschaft dort alle zwei Jahre am Volkstrauertag eine Gedenkzeremonie mit Repräsentanten anderer Kampfparteien jenes Krieges und der israelischen Streitkräfte. Im Griechischen Garten im Besitz der Griechisch-Orthodoxen Kirche stießen Volontäre nach Abnahme der archäologisch nicht verwertbaren Schuttschichten auf eine byzantinische Besiedlungsschicht, die nahezu alle Vorgängerbauten durch Nivellierung und Hangbefestigungen zerstört hatte. Das gut erhaltene Mosaik einer Villa war das Einzige, was nach der Zerstörung des Gebäudes (durch das Erdbeben 747 n. Chr.) von den Nachbesiedlern in Jerusalem nicht in die neu erbaute islamische Stadt im Bereich der heutigen Altstadt abtransportiert wurde. (Dieter Vieweger, ILI News 20.08.2018)

- **Das Terra Sancta Museum in der Altstadt von Jerusalem (nahe dem Löwentor) ist um einen neuen Archäologie-Flügel erweitert worden.** Zeitgleich hat das Museum auch eine neue App vorgestellt, die Erklärungen für den Museumsbesuch auf Englisch, Hebräisch, Arabisch und Italienisch liefert. Die neuen Ausstellungsräume sind untergebracht in restaurierten Ruinen des mittelalterlichen Jerusalems, darunter Werkstätten aus der Kreuzfahrerzeit, Zisternen und Behausungen. Zu den wichtigsten Ausstellungsstücken gehören ein Korinthisches Kapitell aus der Festungsanlage Herodium und Bronzemünzen aus dem 2. Jahrhundert nach Christus. Die erste Ausstellung mit dem Titel "Die Herodes-Dynastie - Leben und Macht in der Zeit des Neuen Testaments" zeigt mehr als 300 Relikte aus der Zeit von Herodes. Das Terra Sancta Museum im Franziskanerkloster, dem Sitz des franziskanischen Studienzentrums für biblische und archäologische Forschungen bei der Geißelungskapelle, ist eines der wichtigsten zur Geschichte des Christentums in Jerusalem. Die Geißelungskapelle ist die zweite Station der Via Dolorosa, des Leidenswegs Christi. Der neue Archäologie-Bereich des Museums liegt gegenüber dem 2017 neu eröffneten Multimedia-Flügels, in dem Besucher bei einer 15-minütigen interaktiven Tour und Lichtshow in die Geschichte der Stadt und des Christentums eintauchen - vom Leben Jesu bis zur heutigen Christenheit. (ILI News 03.12.2018)
- **Ring des Pontius Pilatus gefunden.** Pontius Pilatus zählt zu den berühmten Figuren und Zeitgenossen des Jesus von Nazareth. Er war der römische Prokurator in Judäa, also der offizielle Vertreter des römischen Kaisers. Und nur er war gemäß dem geltenden Recht befugt, Todesurteile auszusprechen. Kurz nach dem Sechs-Tage-Krieg, 1968, hatte der israelische Archäologe Gideon Förster auf dem Herodion-Hügel östlich von Bethlehem einen Ring ausgegraben, der aber erst jetzt ordentlich gesäubert worden ist. Dank Spezialkameras lüftete der Ring sein Geheimnis: Neben dem Bild eines Weingefäßes war in griechischer Schrift der Name "Pilatus" in das Metall geprägt. Weil kein anderer „Pilatus“ bekannt ist, gehen israelische Forscher davon aus, dass dieser Ring dem berühmten Pontius Pilatus gehört haben muss, dem fünften römischen Gouverneur in Judäa. Er regierte in den Jahren 26 bis 36. Ob er diesen Ring, ein Status-Symbol, selber getragen hat, oder ob damit einer seiner Beamten offizielle Dokumente durch Aufdruck „unterschrieb“, weiß man nicht. Der Fund des Ringes in einer Grube mit Tausenden anderen Kleinfunden auf dem Herodion ist kein Zufall. König Herodes war ein Vasall der Römer und deswegen in der Bevölkerung recht unbeliebt. Östlich von Bethlehem ließ er einen Hügel künstlich aufschütten, um in den weithin sichtbaren Kegelberg eine Festung hineinzubauen. (ILI News 03.12.2018)
- **Seit 2013 wird die heiligste und älteste Kirche der Christenheit, die Geburtsbasilika Bethlehems aus dem 3. Jahrhundert, renoviert.** Erst musste das lecke Dach ausgebessert werden. Dann kamen die verrosteten Säulen an die Reihe. Inzwischen sind die aufgemalten Heiligen zu sehen. Über ihnen kamen unter dickem Putz teils vergoldete Mosaiken zum Vorschein. Nur die Geburtsgrube wurde bisher nicht angerührt, weil sich da die sechs in der

Kirche vertretenen christlichen Konfessionen nicht einig werden konnten. Die Basilika ist bald, wenn die Renovierungsarbeiten abgeschlossen sind, eine lohnenswerte touristische Perle. (ILI News 16.12.2018)

- **Die britische Halo-Stiftung befreit das Gebiet um Qasr Al-Yahud (Arabisch: das jüdische Schloss) und seine Klöster am Jordan mit Unterstützung des israelischen Verteidigungsministeriums von Minen und Sprengfallen.** Nun sind sowohl das äthiopische Kloster, als auch das Franziskaner-Kloster und das griechisch-orthodoxe Kloster wieder offiziell minenfrei. „Die Räumung der Ländereien und die Möglichkeit, sie ihren religiösen Gemeinden zurückzugeben, ist ein Projekt, das uns sehr stolz macht“, sagt Marcel Aviv, Direktor der israelischen Minenräumungsbehörde. Die Stätte, an der Jesus Christus nach Überlieferung aus der Bibel vor gut 2.000 Jahren getauft worden sein soll, liegt im Westjordanland nahe der Grenze zu Jordanien. Im Sechstagekrieg hatte die israelische Armee hier Minen ausgelegt, um eine militärische Sperrzone zum Nachbarland zu schaffen. „Nach der Räumung geben wir alle Klöster an ihre Besitzer zurück“, sagt Aviv. Bereits in einem Jahr könnte es soweit sein. Auch vor den christlichen Gemeinden liegt dann noch eine Menge Arbeit: Zerborstene Fenster, demoliertes Inventar und Einschusslöcher an den Fassaden müssen repariert werden. Georgische Minenräumer der Halo-Stiftung begannen im März dieses Jahres mit ihrer Arbeit auf dem Areal. Auch Israelis und Palästinenser sind daran beteiligt. (ILI News 16.12.2018)

### 3. Personen

- **Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble** erhält am 26. November in Berlin den Heinz-Galinski-Preis der Berliner Jüdischen Gemeinde und der Heinz-Galinski-Stiftung. Die Laudatio auf den CDU-Politiker hält die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Charlotte Knobloch. (kna öki 20.11.2018)

### 4. Bücher

- **Erstmals in Deutschland haben katholische Bistümer und evangelische Landeskirchen gemeinsam Vorschläge für multireligiöse Gottesdienste in Schulen veröffentlicht.** Die 68-seitige Arbeitshilfe „Religiöse Feiern im multireligiösen Kontext der Schule“ wurde von den Landeskirchen und Bistümern in Baden-Württemberg veröffentlicht. Nach ihren Angaben sind die Handreichung und Praxistipps mit Vertretern von Islam und Judentum abgestimmt. (kna öki 18.09.2018)
- **Zur Vorbereitung auf den 80. Jahrestag der Novemberpogrome von 1938 hat die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Baden-Württemberg eine neue Handreichung veröffentlicht.** Die unter [www.ack-bw.de](http://www.ack-bw.de) abrufbare Broschüre enthält Gestaltungshilfen für ökumenische Gottesdienste und Gedenkveranstaltungen zum 9. November, wie die ACK in Stuttgart mitteilte. „Erinnerung bedarf fester Orte und Bezugspunkte in der Zeit. Auf dem Weg zu einer Kultur des Erinnerns braucht es deutliche, gemeinsame und stetige Zeichen - wie das Gedenken an die Pogrome im November des Jahres 1938. Wenn wir der Erinnerung und der Umkehr Raum geben, können wir in Verantwortung vor Gott eine Zukunft gestalten, in der Offenheit, Verständigung, Solidarität und Mitmenschlichkeit wachsen“, erklärt der ACK-Vorsitzende, Weihbischof Peter Birkhofer (Freiburg), im Vorwort der Broschüre. Einer Geschichtsvergessenheit zu wehren und ein lebendiges Gedenken zu fördern sei - auf dem Hintergrund eines mutlosen Schweigens der Kirchen in der NS-Zeit - heute ein drängendes gemeinsames Anliegen der Kirchen. Dies solle, wo immer möglich, in ökumenischer Verbundenheit und in Zusammenarbeit mit den Kommunen geschehen. (kna öki 16.10.2018)

-----  
Alle Beiträge, die mit ILI News gezeichnet sind, entstammen mit freundlicher Genehmigung der Website [www.il-israel.com](http://www.il-israel.com).